



Zukunft braucht Erinnerung - „Jugend erinnert“

Infopapier zur Vorstellung des Programms durch die Bundesminister Heiko Maas und Dr. Franziska Giffey am 29.1.2019 in Berlin (Ort der Information im Denkmal für die ermordeten Juden Europas)

Die Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus oder Homophobie sind wichtige Grundlagen unserer Demokratie und freiheitlichen Gesellschaft. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, Gedenkstätten stärker zu fördern und mehr jungen Menschen die Auseinandersetzung mit der Geschichte zu ermöglichen:

„Wir wollen vor allem jüngere Menschen dazu bewegen, Gedenkstätten zu besuchen. Deshalb unterstützen wir die Gedenkstätten bei der Weiterentwicklung ihrer pädagogischen, digitalen und audio-visuellen Vermittlungskonzepte. Eine ethnisch und religiös zunehmend heterogene Zusammensetzung der Besuchergruppen erfordert dabei eine besondere Aufmerksamkeit. Neben der Stärkung der pädagogischen Arbeit wird als ein Teil dieser Förderinitiative das Programm „Jugend erinnert“ ins Leben gerufen, um Austausch und Begegnungen sowie Gedenkstättenfahrten mit entsprechenden Workshops für Schulklassen zu fördern und damit dem wachsenden Antisemitismus und Antiziganismus entgegenzuwirken.“

(Koalitionsvertrag, S. 167f)

Der Bundestag hat dem Auswärtigen Amt (AA) fünf Mio. Euro für diesen Auftrag zur Verfügung gestellt. Davon wird eine Million Euro durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) umgesetzt. So sollen mehr internationale Gedenkstättenfahrten gefördert und weitere Gedenkorte einbezogen werden. Darüber hinaus werden Mittel über den Haushalt der Beauftragten für Kultur und Medien (BKM) bereitgestellt.

Gedenkstättenfahrten leisten einen wichtigen Beitrag dazu, Jugendlichen die Mechanismen der systematischen antisemitischen, rassistischen, und fremdenfeindlichen Ausgrenzung aufzuzeigen und deren Folgen erfahrbar zu machen. Zugleich soll die Förderung konkreter Projekte wie „Erinnern für die Gegenwart“, „menschen gedenken – jugend macht zukunft“ und Begegnungen von Jugendlichen aus Deutschland, Israel und Osteuropa dazu beitragen, die aktive Aufarbeitung von Geschichte und Erinnern zu unterstützen.

Förderung von 500 Gedenkstättenfahrten für über 10.000 Jugendliche in den nächsten zwei Jahren

Das BMFSFJ baut die bestehende Förderung für außerschulische Gedenkstättenfahrten erheblich aus: Konkret sollen 2019 und 2020 500 Fahrten für über 10.000 Jugendliche über Mittel des Bundes gefördert und angeboten werden. Insgesamt stehen dafür 2019 und 2020 insgesamt 2,5 Millionen Euro zur Verfügung. 2018 wurden aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes mit 750.000 Euro 142 Gedenkstättenfahrten gefördert. Durchschnittlich 22 Jugendliche nahmen an einer Fahrt teil. Dieses Programm läuft unbefristet und wird nun, zunächst für 2019 – 2020, durch die Mittel aus dem Programm „Jugend erinnert“ um insgesamt eine Million Euro aufgestockt.

Die Förderung erfolgt ergänzend zu den Programmen der Länder für Schulklassen und wird über Träger der Jugendhilfe organisiert. Anträge auf Förderung können an das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH (IBB) gerichtet werden¹. Das Programm richtet sich an Jugendliche im Alter von 14 bis 26 Jahren.

Förderung von Fahrten zu bislang weniger besuchten Gedenkstätten

Gedenkstättenfahrten führen Jugendliche häufig nach Auschwitz. Ziel von „Jugend erinnert“ ist, weitere, bislang weniger besuchte Gedenkstätten besonders in den Fokus zu rücken und zu fördern: zum Beispiel Besuche in Majdanek und Treblinka in Polen, Maly Trostenez in Belarus oder Theresienstadt in Tschechien.

„Erinnern für die Gegenwart“ - Wettbewerb an Deutschen Auslandsschulen

Die Deutschen Auslandsschulen sind aufgerufen, für das Schuljahr 2019/2020 Projekte zur Erinnerungskultur zu entwickeln. Der Ideen-Wettbewerb geht auf eine Initiative von Außenminister Maas zurück. Gefragt sind kreative Beiträge, die sich mit der Geschichte der Schule auseinandersetzen, besonders auch in schwierigen Zeiten, z.B.: Wie sah der Alltag an der Schule aus, als in Deutschland die Nationalsozialisten herrschten? Wie hat sich die Schule unter kolonialer Herrschaft verhalten? Wie hat sich das Einparteien-System auf die Schule ausgewirkt? Was bedeutet das damalige Verhalten für uns heute? Für den Ideenwettbewerb stehen im Haushalt des Auswärtigen Amtes 1,15 Millionen Euro zur Verfügung.

¹ <https://ibb-d.de/erinnern/foerderung-gedenkstaettenfahrten/>

„menschen gedenken – jugend macht zukunft“

Unter der Schirmherrschaft des polnischen und deutschen Außenministers steht ein Pilotprojekt zur Jugendbegegnung zwischen beiden Ländern: Schulklassen (Klassen 10-12) aus Deutschland und Polen sollen gemeinsam Einzelschicksale von Opfern deutscher Kriegsverbrechen oder der Shoa oder die Geschichte der Zerstörung von Kulturgütern in beiden Ländern aufarbeiten, die im jeweiligen Land eine besondere Rolle gespielt haben. Das umfasst auch gegenseitige Besuche sowie Fahrten zu Gedenkstätten in Deutschland und Polen. Das Pilotprojekt (300.000 Euro) ist 2019 zunächst auf zwei Partnerschulpaare begrenzt und soll danach ausgeweitet werden.

Begegnungen von Jugendlichen aus Deutschland, Israel und Osteuropa

Bi- und trilaterale Begegnungen in Gedenkstätten und gemeinsame Projekte zur Aufarbeitung von Geschichte und Erinnerung mit Jugendlichen aus Deutschland, Israel und aus osteuropäischen Ländern sind ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (2,55 Mio. Euro insg. für 2019 - 2021). Im Fokus steht dabei auch, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft in Deutschland und in den Partnerländern Projekte der Erinnerungskultur zu fördern.

Außerdem sollen junge Lehrkräfte an Gedenkstätten, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen begleitet und fortgebildet werden mit dem Ziel, internationalen Austausch zu etablieren oder zu stärken. Ein weiterer Schwerpunkt wird sein, umfassende neue, vor allem digitale Zugänge zu historischen Informationen und Zeugnissen der Überlebenden zu erschließen und zu erproben.